

# Mitteilungen

FOLGE 241  
JUNI 2019

DÖW-JAHRBUCH 2019

## DEPORTATION UND VERNICHTUNG – MALY TROSTINEC

*Maly Trostinec bei Minsk (Weißrussland) – eine zentrale NS-Hinrichtungsstätte im damaligen „Reichskommissariat Ostland“ – steht im Mittelpunkt des diesjährigen Jahrbuchs. Die Redakteurin des Jahrbuchs Christine SCHINDLER skizziert die einzelnen Beiträge.*

Zwischen 1942 und 1944 ermordeten die Nationalsozialisten in Maly Trostinec bis zu 60.000 Menschen. Mehr als 9700 österreichische Juden und Jüdinnen wurden an dieser Mordstätte im besetzten Weißrussland umgebracht bzw. gingen im nahe gelegenen Ghetto Minsk zugrunde, sie wurden erschossen oder in Gaswagen mit Auspuffgasen erstickt. Österreicher waren an der Ermordung der Juden und Jüdinnen, sowjetischen Kriegsgefangenen, PartisanInnen, ZivilistInnen in Weißrussland beteiligt. Keiner von ihnen wurde nach dem Krieg in Österreich für seine Verbrechen verurteilt. Das Jahrbuch 2019 des DÖW widmet sich dem Schwerpunkt **Deportation und Vernichtung – Maly Trostinec** und publiziert neue Forschungsergebnisse zu diesem Ort der Massenvernichtung, aber auch zur Verfolgung der österreichischen Roma und Sinti, zum belgischen SS-Auffanglager Breendonk und zu einer tschechisch-österreichischen Forschungskoooperation, die verstreute Dokumente zu Flucht und Vertreibung online zusammenführt.

Seit den neunziger Jahren beschäftigt sich das DÖW im Zuge der *Namentlichen Erfassung der österreichischen Holocaustopfer*, der Erstellung und Veröffentlichung der Opferdatenbank, der Dauerausstellung und der Website [www.doew.at](http://www.doew.at), der Beratung und Durchführung vieler Forschungs- und Gedenkprojekte zu den Daten und Schicksalen der Holocaustopfer mit dem Deportationsziel Maly Trostinec und veröffentlichte die Grundinformationen zu den Deportationen an diese Vernichtungsstätte Ende der 1990er-Jahre auf

[www.doew.at](http://www.doew.at). Im Dezember 2017 wurde der Themenschwerpunkt **Vernichtung – Deportationen nach Maly Trostinec, 1942** von der Websiteredakteurin Christa Mehany-Miterrutzner online gestellt. Einen Auszug aus den ausgewählten veröffentlichten und kommentierten Materialien gestaltete Mehany-Miterrutzner für das Jahrbuch des DÖW 2019. Darunter findet sich der – nur unvollständig erhaltene – Bericht aus der Nachkriegszeit vermutlich von Wolf Seiler über das Lager vom Mai 1942 bis zur Ermordung der letzten Häftlinge Ende Juni 1944. Der Wiener Kaufmann wurde gemeinsam mit seiner Frau und seinen zwei Kindern 1942 nach Maly Trostinec deportiert. Sie waren unter den wenigen Überlebenden des La-

gers und wanderten nach der Befreiung in die USA aus. Die meisten Fotos und Briefe aus Privatbesitz aber sind die letzten Spuren von Todesopfern, sie zeugen von vergeblichen Fluchtbemühungen, der Verzweiflung in den Sammellagern und Ghettos. Die Gestapofotos und Dokumente der Täter berichten von der Verfolgung, die unmittelbar nach dem „Anschluss“ Österreichs an NS-Deutschland einsetzte und an der Vernichtungsstätte Maly Trostinec endete.

Von den 9735 nach Minsk und Maly Trostinec deportierten ÖsterreicherInnen sind 22 Überlebende bekannt, wie Gerhard Ungar und Winfried R. Garscha auf Basis der neuesten Forschungsdaten berechneten.



### Deportation und Vernichtung Maly Trostinec

Jahrbuch 2019

Herausgegeben vom DÖW

Redaktion: Christine Schindler

Wien 2019, 359 Seiten

EUR 19,50

Lieferbar ab Ende Juni 2019

Der öffentliche Diskurs wird seit zehn Jahren von Waltraud Barton belebt, die sich unermüdlich um eine würdige Gedenkstätte vor Ort und um die Erinnerung an die Ermordeten bemüht. Mit Erfolg: Am 28. März 2019 weihte Bundeskanzler Sebastian Kurz gemeinsam mit IKG-Präsident Oskar Deutsch im Beisein des Präsidenten von Belarus Alexander Lukaschenko das Mahnmal für die dort ermordeten österreichischen Juden und Jüdinnen ein. In der Begleitbroschüre, die im Sommer 2019 erscheint, durfte Winfried R. Garscha für das DÖW den historischen Abriss zu den Deportationen aus Wien beisteuern: „*In dieser Nacht hatten viele den Verstand verloren*“. *Deportationen nach Minsk und Maly Trostinec 1941/1942*. Auf Basis der Datenbearbeitung und der Berechnungen des DÖW-Experten und Holocaustforschers Gerhard Ungar stellt Winfried R. Garscha, der seit über 30 Jahren am DÖW wirkt, diesen Themenschwerpunkt im vorliegenden Jahrbuch in einem ausführlichen Beitrag dar: „*Ein unermüdliches Beharren auf Empirie und Nüchternheit*“. *Die Erforschung der Vernichtungsstätte Maly Trostinec* geht auf die grundlegenden Arbeiten deutscher und amerikanischer HistorikerInnen ein und verdeutlicht den Verlauf und Kontext der österreichischen Forschungen zu diesem Thema – beginnend mit dem ersten Zeitungsbericht über das Lager in den USA 1944 kurz nach der Befreiung von Minsk. Erstmals wird in diesem Beitrag die Problematik der verschiedenen kursierenden Zahlenangaben zu den Opfern in Maly Trostinec analysiert und eine seriöse detaillierte Aufstellung der Transporte und Zahlen veröffentlicht. Diese ist auch Grundlage der temporären Ausstellung im Haus der Geschichte Österreich im Sommer 2019 zu diesem Ort des Holocaust. Garscha verortet die Verbrechen im Rahmen des Holocaust in den Ostgebieten und des nationalsozialistischen Besatzungsregimes in Weißrussland, dem fast 20 Prozent der Gesamtbevölkerung zum Opfer fielen und das Hunderte Dörfer völlig zerstörte. Er geht auf Fragen der Terminologie ein und erörtert die Organisationsstrukturen der Täter. Er zeichnet die wechselnden Funktionen von Maly Trostinec im Verlauf des Krieges ebenso nach wie die Gedenkkultur nach der Befreiung. Auch oder gerade im Bemühen um Empirie und Nüchternheit wird die Dimension des millionenfachen Verbrechens in diesem grundlegenden Artikel zur Mordstätte Maly Trostinec sichtbar. Auch im Angesicht solch monströser Katastrophen muss die Justiz im Rechtsstaat



Inskrift auf dem 2009 errichteten Gedenkstein für die österreichischen Opfer auf dem Gelände des ehemaligen Ghettos in Minsk

Foto: Winfried R. Garscha, DÖW

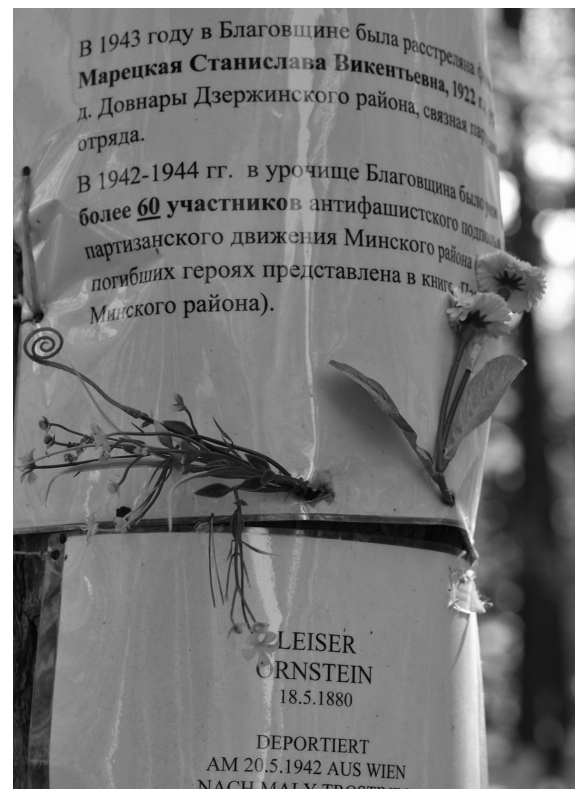


Oben:  
**Die Bäume mit den Schildern österreichischer Ermordeter im Waldgebiet von Blagowoschtschina**

Foto: Anne-Lise Bobeldijk, NIOD Amsterdam

Rechts:  
**In zunehmendem Maße binden auch Angehörige Erinnerungstafeln an Bäume in der Blagowoschtschina**

Foto: Winfried R. Garscha, DÖW





22.9.1897 - 1942



Geb 8.5.31. † 1942



geb. 6.9.32 - † 1942

Von links oben im Uhrzeigersinn: **Rosa Fettner, Karoline Fettner, Herbert Fettner.** Sie wurden am **17. August 1942** von Wien nach **Maly Trostinec** verschleppt.

**Auf den Porträtfotos seiner Stiefmutter und Halbgeschwister hat Ernst Fettner, der 1939 aus Wien nach Großbritannien flüchten konnte, sowohl den Geburtstag als auch das Jahr ihrer Ermordung in Maly Trostinec notiert.**

Fotos: Ernst Fettner

die Verbrechen Einzelner feststellen, sie trägt – im besten Fall – Beweise für die Beteiligung konkreter Verdächtiger zusammen und beurteilt das Verhalten Einzelner auf der Basis von Beweismitteln (nachprüfbareren Fakten, Zeugenaussagen, Dokumenten) auf der Grundlage von Gesetzen. Claudia Kuretsidis-Haider, DÖW-Archivarin und Ko-Leiterin der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, geht in ihrem Beitrag „**Ein-satz in Maly Trostinec**“: **Der Gaswagenfahrer Josef Wendl vor Gericht** dem einzigen österreichischen Prozess gegen einen Täter aus Maly Trostinec nach, der zu einem Urteil führte: Josef Wendl, verantwortlich für den qualvollen Erstickungstod Hunderter Menschen, wurde 1970 freigesprochen, obwohl seine Schuld zweifelsfrei erwiesen war. Kuretsidis-Haider analysiert die – beschämende –

Rechtsgeschichte, beleuchtet die Hintergründe des Prozesses und mögliche Erklärungsansätze für das Vorgehen der Justiz, die Jahre zuvor durchaus engagiert die NS-Verbrechen anging. Die Beispiele Maly Trostinec und Josef Wendl zeigen einmal mehr die Bedeutung von Justizakten als Quelle – die Ermittlungs- und Strafakten sind oft die einzigen und in vielen Fällen gründlich recherchierten Belege für die Verbrechen. Sie umfassen Zeugenaussagen der Opfer wie der Täter, Dokumente, Fotos, Skizzen u. v. a. m. Kuretsidis-Haider bringt den österreichischen Justizfall Wendl in Verbindung mit den deutschen Ermittlungen und Ergebnissen zu Tätern des Holocaust. Auch die bundesdeutschen Urteile wurden den ungeheuerlichen Verbrechen nicht gerecht, angelaufene Ermittlungen waren jedoch gründlich und förderten Erkenntnisse zu

Tage, die die österreichische Justiz nicht zu nutzen wusste und denen sie keine wesentlichen eigenen Untersuchungen folgen ließ.

Die Historikerin Sabine Schweitzer interviewte 2017 und 2018 den Holocaust-Überlebenden Ernst Fettner, der 1921 in Wien geboren worden war. Sie verarbeitete diese Interviews, in denen Ernst Fettner von seiner Kindheit in Wien und Baden und seinen Herkunftsfamilien erzählte, in ihrem Beitrag „**Seitdem du weg bist, hat sich alles zum Schlechten geändert.**“ **Das Schicksal der Familien Fettner und Katz**, in dem sie auch den jähen Einbruch der Gewalt in die bescheidenen und beengten, aber soliden Verhältnisse der Familie durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten skizziert. Ernst Fettner konnte sich nach dem Novemberpogrom 1938 nach Großbritannien retten, kämpfte in der britischen Armee und kehrte mit ihr nach Klagenfurt zurück. Später übersiedelte er wieder nach Wien. Sabine Schweitzer beschreibt, welchen Familienmitgliedern ebenfalls die Flucht gelang, sie wurden – dauerhaft – in alle Welt zerstreut, nach Großbritannien, Schweden, Palästina, Shanghai, Australien, Kanada. Josef und Max Katz aber, die nach Frankreich geflüchtet waren, überlebten den Holocaust nicht, ihre Spur verliert sich nach der deutschen Besetzung Frankreichs. Die in Wien zurückgebliebenen Angehörigen schafften die Flucht nicht mehr. „Ich hab ganz einfach nirgends zu fahren“, schrieb Sigmund Fettner an seinen Sohn über die verzweifelten Ausreisebemühungen. Die Familienmitglieder, Kinder und Erwachsene, Männer und Frauen, wurden nach Theresienstadt, Dachau, Buchenwald, Ravensbrück, Treblinka, Maly Trostinec und Hartheim deportiert und ermordet. Ernst Fettner übergab dem DÖW mittlerweile Dokumente und Fotografien zur dauerhaften Aufbewahrung; sie sind in der Sammlung Fettner verfügbar.

Der Vorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen Gerald Netzl thematisiert in seiner Skizze zum **Gedenken an Hedy Blum (Wien 1931 – Maly Trostinec 1942)** nicht nur die Ermordung des Mädchens und seiner Mutter Sidonie, sondern auch eine vergleichsweise frühe lokale Gedenkinitiative an der Volksschule Atzgersdorf im heute 23. Wiener Gemeindebezirk. Etliche Schulen ehrten mittlerweile ihre vertriebenen und ermordeten ehemaligen SchülerInnen und Lehrenden, einige solche Projekte sind auch im Tätigkeitsbericht des DÖW im Jahrbuch 2019 erwähnt. In

diesen Gedenkprojekten wird den Durchführenden die Absurdität der Verfolgung greifbar und die Nähe des Geschehens bewusst. Was zeitlich fern scheint, geschah doch genau hier vor Ort. Überlebende Angehörige sind oft im Alter der eigenen Eltern oder Großeltern. Das Grauen wird konkret, erhält ein Gesicht, in diesem Fall das Gesicht eines elfjährigen Kindes. Es wird sichtbar im greisen Bruder, der die Initiative zur Erinnerung an seine Familie erlebte und die Schule 2003 besuchte.

Auch die Kinder der Roma und Sinti wurden nicht von Verfolgung und Ermordung ausgenommen. Sabine Schweitzer arbeitet seit 2017 in verschiedenen Projekten am DÖW die Verfolgung der österreichischen Roma und Sinti auf. 1938 lebten rund 11.000 Roma und Sinti in Österreich, der überwiegende Teil Burgenland-Roma, aber auch Sinti, Lovara, Kalderash – viele davon schon seit Generationen und in allen Bundesländern. Die Verfolgung setzte unmittelbar nach dem „Anschluss“ ein. Schulverbote, Berufsverbote u. Ä. zielten auf den Ausschluss der Roma und Sinti aus der „Volksgemeinschaft“. Schon im Sommer 1938 wurde im Burgenland die Zwangsarbeit für die als „Zigeuner“ Stigmatisierten eingeführt. Die lokalen Initiativen und gesetzlichen Regelungen, die schließlich zu Deportation und Ermordung führten, zeichnet Sabine Schweitzer in ihrem Beitrag *Orte der Deportationen von Roma und Sinti 1938–1943* nach. Die Darstellung konzentriert sich dabei auf jene Lager im besetzten Österreich, über die die großen Massentransporte in die Konzentrations- und Vernichtungslager erfolgten, vor allem Fischamend, Leopoldsdorfer-Moos und Trabrennbahn Salzburg, Pinkafeld, Fürstenfeld, Lackenbach und das Polizeigefängnis Innsbruck. 90 Prozent der österreichischen Roma und Sinti wurden ermordet. Schweitzer zitiert auch aus den Zeugnissen der Überlebenden und

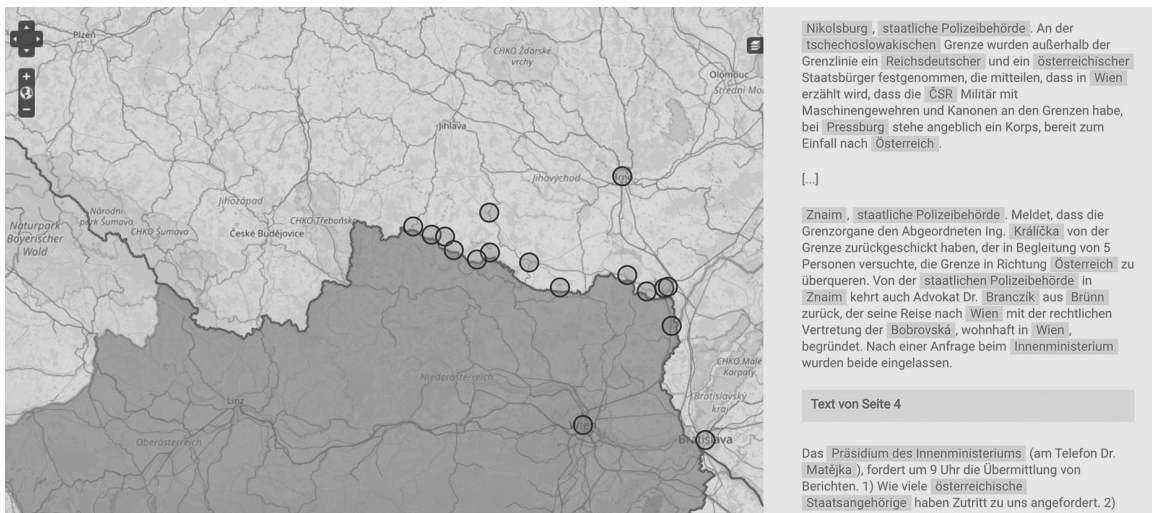
Angehörigen und den gnadenlosen Anordnungen der Täter.

Der Wiener Historiker Hans Schafranek widmet sich in seinem Beitrag *In der „Hölle von Breendonk“*. Eine Leerstelle der Erinnerungskultur: Österreicher im belgischen SS-Auffanglager Breendonk einem in Österreich fast unbekanntem Lager, obwohl es auch österreichische Widerstandskämpfer wie der spätere Leiter der KZ-Gedenkstätte Mauthausen Kurt Hacker und prominente Häftlinge wie der Schriftsteller Jean Améry durchlitten haben. Nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in Belgien diente das Fort Breendonk, eine alte Festungsanlage und vormaliges Hauptquartier der belgischen Armee, ab September 1940 als „SS-Auffanglager“, in dem vermeintliche und tatsächliche Gegner der Willkür der Besatzer wehrlos ausgeliefert waren. Der Großteil der Häftlinge waren belgische Widerstandskämpfer, inhaftiert waren aber auch – oft jüdische – Flüchtlinge aus vielen Ländern Europas. Schafranek erstellte für seinen Beitrag 19 biografische Skizzen von inhaftierten Österreichern. Viele Häftlinge verhungerten oder wurden grausam ermordet, die Wehrmacht nutzte das Lager zur Erschießung von Geiseln. Für die meisten Häftlinge war Breendonk eine Zwischenstation auf dem Weg in andere Haftanstalten oder Konzentrationslager. Das gut erhaltene Fort, das im September 1944 von der britischen Armee befreit wurde, ist heute eine bedeutende Gedenkstätte.

Viele der österreichischen Häftlinge in Breendonk waren zuvor aus dem besetzten Österreich geflohen. Materialien zu den Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Flucht im Jahr des Einmarsches der Deutschen Wehrmacht und der nationalsozialistischen Machtübernahme in Österreich im österreichisch-tschechoslowakischen Grenzraum stellt seit 2018 die Website

*begrenzte-flucht.ehri-project.eu* zur Verfügung. Die Herausgeber der Edition Wolfgang Schellenbacher (DÖW und Jüdisches Museum Prag) und Michal Frankl (Masaryk-Institut und Archiv der Tschechischen Akademie der Wissenschaften, Prag) erläutern im Beitrag *BeGrenzte Flucht: die österreichischen Flüchtlinge an der Grenze zur Tschechoslowakei im Krisenjahr 1938. Ein Einblick in eine transnationale Online-Edition* Genese, Inhalt und technische Aufbereitung des Projektes. Die Edition führte über 100 Schlüsseldokumente – Polizei-protokolle, amtliche Berichte, diplomatische Noten, Zeitungsartikel, Dokumente jüdischer Hilfsorganisationen, ZeitzeugInnen-erinnerungen – vor allem aus österreichischen und tschechischen Archiven zusammen. Die Dokumente wurden unter Verwendung des Portals *Geonames.org* kartografisch verortet. Die Darstellung auf Karten macht eine Visualisierung der Bewegungsbahnen der Flucht und der Interaktionen im Grenzgebiet möglich. Erstellt wurde die Website der tschechisch-österreichischen Forschungskoooperation im Rahmen der *European Holocaust Research Infrastructure* (EHRI), einer von der Europäischen Kommission geförderten Forschungsinfrastruktur, die den Zugang zu verstreuten Dokumenten und Sammlungen zum Holocaust für die Forschung erleichtern möchte.

Der Bericht *Jeder Tag ein Gedenktag* von Christine Schindler, Projektmanagerin und Redakteurin im DÖW, zu den Tätigkeiten des DÖW skizziert die umfassenden Aufgaben und vielfältigen Netzwerke des Instituts. Der Tätigkeitsbericht listet die wissenschaftlichen Projekte und Veranstaltungen auf, die Kooperationen mit Institutionen und AktivistInnen des In- und Auslandes und erzählt von wichtigen Ereignissen des vergangenen Jahres.



Nikolsburg, staatliche Polizeibehörde. An der tschechoslowakischen Grenze wurden außerhalb der Grenzlinie ein Reichsdeutscher und ein österreichischer Staatsbürger festgenommen, die mitteilen, dass in Wien erzählt wird, dass die CSR Militär mit Maschinengewehren und Kanonen an den Grenzen habe, bei Pressburg stehe angeblich ein Korps, bereit zum Einfall nach Österreich.

[...]

Znaim, staatliche Polizeibehörde. Meldet, dass die Grenzorgane den Abgeordneten Ing. Králíčka von der Grenze zurückgeschickt haben, der in Begleitung von 5 Personen versuchte, die Grenze in Richtung Österreich zu überqueren. Von der staatlichen Polizeibehörde in Znaim kehrt auch Advokat Dr. Branczik aus Brünn zurück, der seine Reise nach Wien, mit der rechtlichen Vertretung der Bobrovská, wohnhaft in Wien, begründet. Nach einer Anfrage beim Innenministerium wurden beide eingelassen.

Text von Seite 4

Das Präsidium des Innenministeriums (am Telefon Dr. Matějka), fordert um 9 Uhr die Übermittlung von Berichten. 1) Wie viele österreichische Staatsangehörige haben Zutritt zu uns angefordert. 2) Wie viele von ihnen wurden zurückgebracht. 3) Wie viele

**Kartenbasierte Ansicht der telefonischen Nachrichten an die Landesbehörde Brünn über die Vorgänge an der österreichischen Grenze in BeGrenzte Flucht**



NS-Gegner von lokalen illegalen Nationalsozialisten festgenommen. Im Zuge der NS-Machtübernahme wurden in erster Linie – darunter auch viele Juden – Funktionäre und Politiker des „Ständestaats“, Kommunisten, Sozialisten, christliche Gewerkschafter, Ministerial- und Exekutivbeamte, Monarchisten, ehemalige Heimwehrführer sowie Gegner der Nationalsozialisten aus dem Kultur- und Medienbereich, Geschäftsleute und Angestellte staatlicher oder kommunaler Verwaltungen verhaftet.

Die Geheime Staatspolizei – Staatspolizeileitstelle Wien II D stellte aus den bis Ende März 1938 verhafteten Personen eine Liste derjenigen zusammen, die in das KZ Dachau transportiert werden sollten. Die Transportliste enthielt ursprünglich 151 Namen. Eine Person, Karl Tuch, wurde jedoch durchgestrichen.<sup>1</sup> Weiters war auch ein Johann Stern vermerkt; er wurde wahrscheinlich während des Transports von einem Wachmann im Zug getötet.<sup>2</sup> In Dachau wurden am 2. April schließlich 149 Personen der Wiener Gestapolisten registriert. Sie erhielten den Nummernblock 13.780–13.929. Nicht auf der Wiener Gestapolisten vermerkt, jedoch in Dachau ebenfalls in diesem Nummernblock verzeichnet war der Jurist und Gendarmerieoffizier Ernst Mayer, der ehemalige Landesgendarmeriekommandant von Oberösterreich, der dem Transport möglicherweise in Linz angeschlossen wurde. Unter den nach Dachau verschickten Männern befanden sich u. a. hochrangige Funktionäre der österreichischen Regierungspartei Vaterländische Front, aber auch deren politische Gegner: Sozialdemokraten und Kommunisten sowie

eine größere Gruppe bekannter jüdischer Wirtschaftstreiber und Künstler. Diese Zusammensetzung des Transports war der Grund für die in weiterer Folge eingebürgerte Bezeichnung „Prominententransport“. Es war hier aber nicht nur das gesamte politische Spektrum vertreten, sondern es handelte sich auch um Menschen, deren „Verbrechen“ darin bestand, Juden zu sein.

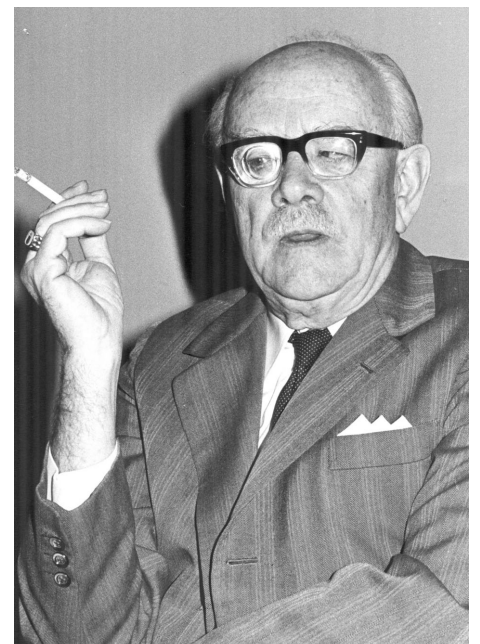
63 Häftlinge aus dem ersten Dachautransport, das sind 42 Prozent, wurden unter Anwendung der „Nürnberger Gesetze“ mit der Häftlingskategorie „Schutzhaft – Jude“ versehen. Einige von ihnen hatten im „Ständestaat“ politische Funktionen eingenommen, andere sich für die verbotenen Arbeiterparteien betätigt. Die doppelte Stigmatisierung als „politischer“ Häftling und als „Jude“ implizierte eine besondere Gefährdung. Dennoch war es in der Frühphase der NS-Judenverfolgung noch möglich, bei Vorliegen einer Einreisegenehmigung – die aufgrund der Einreisebeschränkungen vieler Staaten allerdings nur unter größten Schwierigkeiten zu bekommen war – mit der Auflage einer sofortigen Ausreise aus dem KZ entlassen zu werden. 41 der 63 als Juden Verfolgten des Dachautransportes (also 65 Prozent) gelang so noch die Flucht aus Deutschland. 1938/39 stand zumeist noch die Erpressung zur Auswanderung und zur Auslieferung des verbliebenen Hab und Guts im Vordergrund. Mehrere der österreichischen jüdischen Dachau-Häftlinge mussten im Konzentrationslager Verzichtserklärungen unterschreiben, Vollmachten ausstellen und die Einsetzung kommissarischer Leiter in ihrem Betrieb zur Kenntnis nehmen. Manche wurden zur Abwicklung ihrer Geschäfte von Dachau nach Wien überstellt und danach wieder zurückgebracht.

Als das DÖW am 15. Juni 1963 gegründet wurde, gehörten zu den Proponenten der damalige Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Fritz Bock (später Vize- bzw. Ehrenpräsident des DÖW), der Bundessekretär des Bundesverbandes der österreichischen Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus – KZ-Verband Erich Fein (später Vizepräsident des DÖW) sowie das ehemalige Mitglied des Generalrats der Österreichischen Nationalbank Ludwig Soswinski (später Vizepräsident des DÖW). Alle drei waren am 1. April 1938 in das KZ Dachau überstellt worden.

Fritz Bock (geb. am 26. 2. 1911 in Wien) war Jurist, Buchprüfer und Steuerberater.

1934 war er als stellvertretender Bundeswerbeleiter der Vaterländischen Front für antinationalsozialistische Propaganda zuständig, noch kurz vor dem „Anschluss“ wirkte er an der Organisation der von Schuschnigg geplanten Volksbefragung über den Erhalt der österreichischen Selbstständigkeit mit. Bock wurde am 15. März 1938 verhaftet, zunächst für zehn Tage im Polizeikommissariat Wien-Hietzing in Dunkelhaft genommen und dann in das Polizeigefängnis Rosauerlande im 9. Bezirk überstellt. Den Transport nach Dachau schilderte er später so:

„Dann bogen die Wagen auf das Verschubgelände hinter dem Gebäude des Westbahnhofs ein und hielten; die Tür wurde aufgerissen: ‚Heraus, ihr Hunde!‘ Und es begann ein Spießrutenlaufen, an dessen Ende [...] für viele der Tod stand. Durch eine Masse von SS-Bütteln, die mit Gewehrkolben mit aller Gewalt auf uns eindroschen, hieß es zu den Eisenbahnwaggons laufen, wo je zehn oder zwölf, manchmal auch bis zu 15 Menschen in die Coupés gedrängt wurden. [...] Gegen Mitternacht setzte sich der Zug in Bewegung und damit begann bis in die Vormittagsstunden des 2. April eine wahrhaft unvergessliche Fahrt, bei der sich die Angehörigen der Elite der NSDAP, meistens kräftige junge Burschen, abwechselnd an uns müde prügeln. Viele von uns hatten am Ende dieser ‚Reise‘ so zerschlagene Gesichter, dass sie nicht mehr einem mensch-



Fritz Bock im DÖW, 1984

Foto: DÖW

- 1 Dabei handelt es sich wahrscheinlich um den NS-Dissidenten Karl Tuch (geb. am 24. 5. 1904). Dieser war 1931 der NSDAP beigetreten. Wegen „Betätigung für eine Abspaltung der NSDAP“ und „Partei- verrats“ festgenommen wurde er am 23. Mai 1939 von der Gestapo Wien erkenntnisdienstlich behandelt. 1955 wurde er vom Landesgericht für Zivilrechtssachen Wien mit Stichtag 31. März 1943 für tot erklärt. Siehe: Wolfgang Neugebauer / Peter Schwarz, „Stacheldraht, mit Tod geladen ...“. Der erste Österreichertransport in das KZ Dachau 1938 (hrsg. v. d. Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs), Wien 2008, S. 23.
- 2 Maximilian Reich / Emilie Reich, Zweier Zeugen Mund. Verschollene Manuskripte aus 1938 Wien – Dachau – Buchenwald (hrsg. v. Henriette Mandl), Wien 2007, S. 69.

lichen Anlitz glichen. Als nach fast zwölfstündiger Fahrt der Verschubbahnhof vor dem Dachauer Lager erreicht war, war es nur mehr eine taumelnde Masse menschlicher Kreaturen, die dann vor dem Lagerkommandogebäude des Dachauer Lagers Aufstellung nehmen musste.“<sup>3</sup>

Bock wurde am 20. Jänner 1939 wegen Haftunfähigkeit entlassen. Nach Aufhebung des gegen ihn verhängten Berufsverbots war er als Wirtschaftstreuhand tätig und knüpfte Kontakte zur österreichischen Widerstandsorganisation „O5“. Um einer neuerlichen Verhaftung zu entgehen, flüchtete er Anfang 1945 ins oberösterreichische Innviertel.

Nach der Befreiung nach Wien zurückgekehrt war Bock im April 1945 einer der Mitbegründer der Österreichischen Volkspartei. 1947 bis 1953 war er Generalsekretär des ÖAAB und bis 1962 mehrmals Abgeordneter zum Nationalrat sowie bis 1968 Bundesminister für Handel und Wiederaufbau bzw. Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie. In der Alleinregierung von Bundeskanzler Josef Klaus wurde er 1966 zum Vizekanzler ernannt. Fritz Bock starb am 12. Dezember 1993 in Wien.

Erich Fein (geb. am 25. 6. 1909 in Wien), von Beruf Goldarbeitergehilfe, trat 1927 der Sozialistischen Arbeiterjugend bei, von der er 1931 ausgeschlossen wurde. Im Mai dieses Jahres schloss er sich dem Kommunistischen Jugendverband an und fuhr im September als Mitglied einer Jugendarbeiterdelegation in die Sowjetunion. Nach seinem Betritt 1933 zur KPÖ wurde er bald darauf zum Organisationsverantwortlichen in der Wiener Stadtleitung bestimmt. Die folgenden Jahre verbrachte Fein mehrfach in Polizeihaft und verbüßte Arreststrafen wegen Verbreitung eines Flugblattes sowie wegen Betätigung für die illegale *Proletarierjugend*. An den Februarkämpfen 1934 nahm er in Ternitz aktiv teil. Anfang April 1935 wurde Erich Fein bei einem Treffen der illegalen Gewerkschaftsjugend im Wienerwald verhaftet. Vom März 1936 bis September 1937 sowie vom November 1937 bis zum 17. Februar 1938 war er Häftling im Anhaltelager Wöllersdorf. Nach dem tags zuvor unterzeichneten Berchtesgadener Abkommen amnestierte die Regierung



**Erich Fein (links) und Ludwig Soswinski**

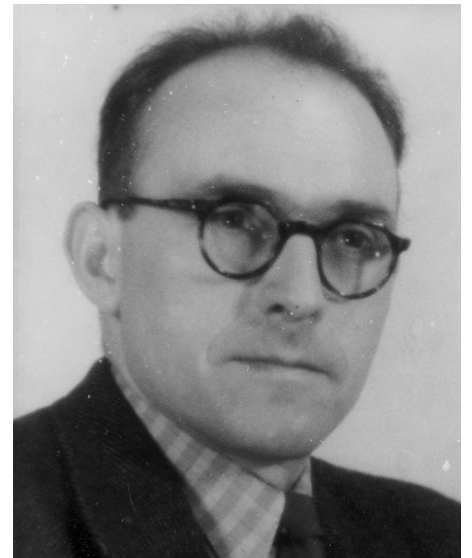
Fotos: Zentrales Parteiarchiv der KPÖ

Schuschnigg politische Häftlinge – in erster Linie Nationalsozialisten, aber auch andere politische Gegner.

Die Freiheit währte nur kurz. Fein wurde am 13. März 1938 inhaftiert und im „Notarrest“ Karajangasse (Wien-Brigittenau) angehalten. In der ehemaligen Volksschule richtete die Gestapo unmittelbar nach dem „Anschluss“ ein Durchgangslager ein. Unter den Gefangenen befanden sich neben Erich Fein auch der spätere Bundeskanzler Bruno Kreisky und der Kabarettist und Schriftsteller Fritz Grünbaum. Fein wurde in weiterer Folge in das Polizeigefängnis Rossauerlande überstellt. In seinen Erinnerungen schrieb er:

„Ein Großteil der Verhaftungen [...] war noch vor dem Einmarsch der deutschen Truppen erfolgt und wir erlebten den ‚Anschluss‘ [...] aus den Zellenfenstern [...]. Wir haben zwar alle die Begrüßung Hitlers am Heldenplatz nicht erlebt, aber wir waren und sind die überlebenden Zeugen für die gewaltige Verhaftungswelle, die in jenen Tagen die Gefängnisse und Schulen (zu Gefangenenhäusern umfunktionierte) füllte.“<sup>4</sup>

4 Erich Fein, *Die Erinnerung wach halten. Widerstand & Verfolgung 1934–1945 und der Kampf um Anerkennung und Entschädigung der Opfer* (hrsg. im Auftrag der österreichischen KZ-Vereinigung Buchenwald, Verband ehemaliger politischer Schutzhäftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald von Herbert Exenberger, Hilde Fein und Albert Dlabaja), Wien 2008, S. 66.



Erich Fein wurde am 23. September 1938 von Dachau in das KZ Buchenwald überstellt, wo er bis zur Befreiung des Lagers am 11. April 1945 in Haft blieb.

Nach der Befreiung und seiner Rückkehr nach Wien war Fein Funktionär der KPÖ und wurde 1957 zum Bundessekretär des KZ-Verbands ernannt. Er starb am 11. Mai 1983 in Wien.

Der Jurist und Wirtschaftsprüfer Ludwig Soswinski (geb. am 15. 1. 1905 in Wien) war zunächst Sekretär des Verbandes Sozialistischer Studenten und Zugskommandant der Akademischen Legion beim Republikanischen Schutzbund, ehe er 1934 in die KPÖ eintrat. 1937/38 verbüßte er wegen seiner illegalen politischen Tätigkeit sieben Monate Haft in Wien. Im Gefolge des „Anschlusses“ wurde er neuerlich verhaftet. Am 27. September 1939 wurde Soswinski von Dachau in das KZ Flossenbürg überführt und Anfang März 1940 rücküberstellt. Als Kapo in der „Zahlmeisterei Schubraum“ war er mit der Verwaltung von Häftlingskonten beschäftigt. Nach der Aufdeckung finanzieller Transaktionen zugunsten der Häftlinge wurde er mit 45 Tagen verdunkelter Einzelhaft im Lagerbunker bestraft und dann einer Strafkompagnie zugeteilt. Soswinski überlebte schwere Misshandlungen und wurde am 28. Jänner 1944 in das KZ Majdanek verlegt, von wo er Ende Juni 1944 nach Auschwitz überstellt wurde. Dort war er führendes Mitglied der kommunistischen Widerstandsgruppe „Kampfgruppe Auschwitz“. Ende Jänner 1945 schließlich endete seine Odyssee durch die NS-Konzentrations- und Vernichtungs-

3 Fritz Bock, *Vierzig Jahre danach*, Typskript, Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau, o. D. (1978), S. 5.

lager im KZ Mauthausen, wo er am 5. Mai befreit wurde.

Soswinski war bis 1958 Mitglied des Wiener Gemeinderats und Landtags und später Bundesobmann des KZ-Verbandes sowie Obmann der Lagergemeinschaft Mauthausen. Er starb am 9. Februar 1997 in Wien.

Paradigmatisch für das Schicksal jüdischer Häftlinge ist die Wiener Kaufmannsfamilie Burstyn. Drei Brüder und ihre drei Cousins, alle in der damals polnischen Kleinstadt Nadwórna (heute Nadwirna in der Ukraine) geboren, wurden mit dem ersten Österreichertransport nach Dachau deportiert.

Chaim Wolf Burstyn (geb. am 22. 8. 1898) war Mitinhaber der Firmen „Tabu“ Warenhandelsgesellschaft in der Mariahilferstraße 51 im 6. Wiener Gemeindebezirk sowie „Atu“ Autotaxigesellschaft in der Herzgasse 8–10 im 10. Wiener Gemeindebezirk (sie wurden 1939 „arisiert“). Er wurde ebenso wie sein Bruder Heinrich Burstyn (geb. am 22. 2. 1903) am 14. März 1938 verhaftet. Beide wurden am 31. August 1938 von Dachau in das Gefangenhaus der Polizeidirektion Wien überstellt, wo sie bis 28. März 1939 inhaftiert blieben und anschließend gemeinsam mit ihrem Cousin Nathan Burstyn an die polnische Grenze abgeschoben wurden.

„Ich wurde ausgewiesen, an die polnische Grenze [nach Beuthen] gebracht und gezwungen, diese illegal zu überschreiten. [...] In Polen wurde ich wegen illegalen Überschreitens der Grenze verhaftet und war einige Wochen im Gefängnis. Nachher bekam ich Zwangsaufenthalt in meiner Geburtsgemeinde Nadwórna.“<sup>5</sup>

1941 gelang Chaim Wolf Burstyn die Flucht über Rumänien nach Palästina; nach 1945 blieb er in Tel Aviv. Heinrich Burstyns weiteres Schicksal während der NS-Zeit ist unbekannt. 1950 hielt er sich in Haifa auf, 1956 kehrte er nach Wien zurück und war in den Jahren danach Besitzer eines Realitätenbüros und einer Gebäudeverwaltung. Heinrich Burstyn starb am 21. Februar 1965 in Wien.

Salomon Burstyn (geb. am 15. 2. 1901), der Bruder von Chaim Wolf und Heinrich

Burstyn, wurde ebenfalls am 31. August 1938 von Dachau in das Gefangenhaus der Polizeidirektion Wien überstellt; er blieb dort bis 19. November 1939 in Haft. 1940 gelang ihm die Flucht nach Palästina. Von dort wurde im Dezember 1940 eine Gruppe von mehr als 1500 vorwiegend deutschen und österreichischen Juden und Jüdinnen nach Mauritius abgeschoben. Nach Kriegsende durfte ein Teil der Menschen doch noch nach Palästina kommen. Einer von ihnen war Salomon Burstyn. Im August 1945 kam er in Tel Aviv an. Im August 1963 kehrte er mit seiner Frau nach Wien zurück, wo er am 6. November 1973 verstarb.

Über das Leben von Israel Burstyn liegen nur wenige Informationen vor. Er wurde am 11. Mai 1891 geboren und lebte im März 1938 in Wien 3., Beatrixgasse 14a. Nach dem „Anschluss“ verhaftet wurde er mit der Gefangenenummer 13.914 am

2. April 1938 im KZ Dachau registriert. Sein weiteres Schicksal konnte nicht eruiert werden.

Sein Bruder Josef Burstyn (geb. am 9. 7. 1894) wurde am 23. September 1938 von Dachau in das KZ Buchenwald überstellt und von dort am 16. Oktober 1942 nach Auschwitz verlegt, wo er am 19. Dezember 1942 umkam. Josef Burstyns Ehefrau Blanca Burstyn (geb. 2. 9. 1901) kam ebenfalls in Auschwitz um.

Israel und Josef Burstyns Bruder Nathan Burstyn (geb. am 18. 4. 1904) wurde am 31. August 1938 von Dachau nach Wien verlegt und Ende März 1939 mit seinen Cousins Chaim Wolf und Heinrich Burstyn nach Beuthen an der polnischen Grenze abgeschoben. 1940 durch die sowjetische Armee verhaftet war er in den folgenden Jahren in diversen sowjetischen Lagern interniert. 1946 kam er nach Schlesien – offensichtlich als einer von

	24809
Kollmaier	50741
mittels welcher ich Frau Blanca Burstyn bevollmächtige, für mich ein Vermögensverzeichnis zu überreichen, event. einen Ausfall	
oder eine andere Person für mich hierzu zu bevollmächtigen.	
Dachau, 16/7 1938	
Josef Burstyn	

**Vollmacht von Josef Burstyn für seine Ehefrau, ausgestellt im KZ Dachau, 16. Juli 1938**

ÖStA/AdR, Vermögensverkehrsstelle

<sup>5</sup> Kurzgefasster Schädigungsbericht von Chaim Wolf Burstyn (undatiert), WStLA, M.Abt. 208, A36 – Opferfürsorgeakten – Entschädigungen (E): Burstyn Chaim Wolf.



vielen polnischen StaatsbürgerInnen, die in dieser Zeit aus der Sowjetunion in die ehemaligen deutschen Gebiete der wiedererstandenen Republik Polen umgesiedelt wurden. Von dort gelangte er auf unbekanntem Wege nach Haifa, wo er im September 1948 ankam.

Dem ersten Dachautransport aus Wien folgte am 11. April 1938 ein Transport mit

Salzburger Häftlingen, am 24. Mai ein Transport mit 170 Personen (Funktionäre der Vaterländischen Front sowie Linke, darunter zahlreiche Juden) und am 31. Mai ein Transport mit 46 Häftlingen aus Tirol und Vorarlberg (größtenteils Polizeibeamte). Ebenfalls am 31. Mai sowie am 3. Juni kamen zwei Transporte mit jeweils 600 jüdischen Häftlingen aus Wien. Insgesamt wurden von April bis Juni an

die 3500 Österreicher nach Dachau eingeliefert, davon mehr als 2000 Juden. Ab Juni erfolgte die Einweisung einer größeren Zahl österreichischer Roma in das KZ Dachau wie auch in andere Konzentrationslager. Im Gefolge der Novemberpogrome 1938 schließlich wurden von mehr als 6500 Festgenommenen über 4000 – fast ausschließlich Wiener Juden – in das KZ Dachau eingewiesen.

## Michael Köhlmeier: Menschen in die Armut zu treiben heißt, sie zu entwürdigen

**Der Ferdinand Berger-Preis 2019 des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes wurde am 10. April 2019 im Wiener Rathaus in Zusammenarbeit mit den Wiener Vorlesungen an Michael Köhlmeier verliehen.**

Der bekannte Vorarlberger Schriftsteller erhielt den Preis, der im Vorjahr an die Journalistin Christa Zöchling und den Datenforensiker und pensionierten Polizisten Uwe Sailer ging, für seine auch in Buchform erschienene Rede *Erwarten Sie nicht, dass ich mich dumm stelle*. Er hatte die Rede anlässlich des Gedenktags gegen Gewalt und Rassismus auf Einladung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in der Wiener Hofburg gehalten und damit ein erhebliches Medienecho hervorgerufen.

Der Preisträger nutzte die Gelegenheit der Preisverleihung, um seine Sicht auf die Debatte zur Bezahlung der Arbeit von Geflüchteten zu verdeutlichen: „Wo Missgunst geschürt wird, um die Erniedrigung einer Menschengruppe zu rechtfertigen, dort wird bereits entwürdigt, absichtlich, aus politischem Kalkül heraus, was den Begriff der Niedertracht definiert. Niemand kann in unserem Land von einem Euro und fünfzig Cent pro Stunde leben, und trotzdem gibt es solche, Klassenweite, die vortreten, den Finger heben und ausrufen: He, ich kann's noch besser, ich habe schon vor ein paar Jahren gefordert, man soll denen nur einen Euro geben.“

Mit Blick auf den Namensgeber des Preises, Ferdinand Berger, 2004 verstorbener Widerstandskämpfer, KZ-Häftling und später hoher österreichischer Polizeioffizier, erklärte Köhlmeier: „Nach dem Krieg und der Befreiung vom Nationalsozialismus ist Ferdinand Berger Polizist geworden. [...] Ferdinand Berger wollte, dass die Polizei, die sich in der Vergangenheit so oft als Instrument der Unterdrückung und der Unmenschlichkeit missbrauchen ließ, nun ein Hort der Demokratie werde.“ Kulturstadträtin Veronica Kaup-Hasler, die den von Ernst Berger und René Berger

(Sohn und Enkel von Ferdinand Berger) gestifteten Preis gemeinsam mit dem wissenschaftlichen Leiter des DÖW Gerhard Baumgartner übergab, hob in ihrer Begrüßung die Bedeutung Michael Köhlmeiers hervor: „Seine gerade Haltung und Sprache schärfen den Blick für die Unzulänglichkeiten unserer Gesellschaft. Das beschämt, das tut mitunter weh, ist jedoch für eine Weiterentwicklung unumgänglich. Es braucht Menschen wie Köhlmeier, die uns die Wahrheit zumuten.“

Paulus Hochgatterer, der die Laudatio hielt, würdigte Michael Köhlmeier: „Michael Köhlmeier mutet uns etwas zu. Den Verzicht auf offensiv vorgetragene Dummheit. Das Unverstellte. Das Aufrechte. Das Aufrechte gegen den Pakt der Unaufrichtigkeit.“

*Laudatio von Paulus Hochgatterer und Dankesrede von Michael Köhlmeier sind auf der Website des DÖW veröffentlicht:*

*[www.doew.at/foerderpreise/ferdinand-berger-preis](http://www.doew.at/foerderpreise/ferdinand-berger-preis)*

### Zum Ferdinand Berger-Preis

Das DÖW vergibt den Ferdinand Berger-Preis jährlich – beginnend mit 2018 – an Personen, die durch wissenschaftliche oder publizistische Leistungen oder durch besonderes öffentliches Auftreten einen markanten Beitrag gegen Neofaschismus, Rechtsextremismus, Rassismus oder demokratiegefährdendes Verhalten geleistet haben.

Der von Ernst Berger und René Berger gestiftete Preis ist mit 3000,- Euro dotiert und kann in zwei Teile geteilt werden. Die Nominierung erfolgt durch eine Jury des DÖW.

## Ehrung für Friedrich Forsthuber

Für seine vielfältigen Leistungen auf dem Gebiet der Erinnerungsarbeit erhielt der Präsident des Landesgerichts für Strafsachen Wien Friedrich Forsthuber die Ludwig Steiner-Medaille der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich sowie die Rosa-Jochmann-Plakette des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. Überreicht wurden die Auszeichnungen im Rahmen der Veranstaltung *Mordjustiz 1944* der ARGE der NS-Opferverbände am 23. Mai 2019 im Wiener Justizpalast.

Forsthuber initiierte u. a. die Nachstellung des Schattendorf-Prozesses vom Juli 1927 im Wiener Straflandesgericht anhand der Originalakten (2012). 2015 wurden an der Außenfassade des „Grauen Hauses“ Zeitafeln angebracht, die dessen Geschichte und die Strafgerichtsbarkeit von 1839 bis in die Gegenwart dokumentieren. Der Erinnerung an alle Opfer der NS-Justiz dient das ebenfalls 2015 enthüllte Mahnmal „369 Wochen“. „Friedrich Forsthubers Aktivitäten sind gelebtes ‚Niemals vergessen!‘“, so Gerald Netzl, Vorsitzender des Bundes Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, in der Laudatio. Der Geehrte selbst betonte in seinen Dankesworten die Bedeutung des demokratischen Rechtsstaates. Man könne die Tatsache, in einem solchen zu leben, nicht hoch genug schätzen.

Diese Zeitung ist eine von  
1.800 aus dem Leseprogramm von

**APA-DeFacto GmbH**  
**MEDIENBEOBACHTUNG**

1060 WIEN, LAIMGRUBENGASSE 10  
TEL.: 01/360 60 - 5123  
E-MAIL: [defacto@apa.at](mailto:defacto@apa.at)  
INTERNET: <http://www.apa-defacto.at>

**Lichtenwagner, Mathias, Ilse Reiter-Zatloukal (Hrsg.): „... um alle nazistische Tätigkeit und Propaganda in Österreich zu verhindern“. NS-Wiederbetätigung im Spiegel von Verbotsgesetz und Verwaltungsstrafrecht (= Veröffentlichungen der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Band 6). Graz: CLIO 2018, 108 S.**

Der Aufbau einer neuen demokratischen Gesellschaft nach 1945 stellte die junge Zweite Republik vor die Herausforderung der politischen und polizeilichen Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie und den NS-Verbrechen. Das am Tag der deutschen Kapitulation verabschiedete und 1947 novellierte „Verbotsgesetz“ enthält daher nicht nur Bestimmungen für den Umgang mit den „ehemaligen“ NationalsozialistInnen und deren Taten vor 1945, sondern auch mit neonazistischen Aktivitäten nach 1945. Das Verbotsgesetz und weitere verwaltungsrechtliche Bestimmungen bilden die rechtliche Grundlage für die Unterbindung nationalsozialistischer Propaganda und Aktivitäten.

Mathias Lichtenwagner und Ilse Reiter-Zatloukal haben ein Buch herausgegeben, das Formen der nationalsozialistischen Wiederbetätigung und entsprechende verfassungs- und verwaltungsrechtliche Gegenmaßnahmen untersucht. Der auf einer Tagung basierende Band hat den Anspruch „einer kritischen Sicht auf den justiziellen und polizeilichen Umgang mit NS-Wiederbetätigung“ (S. 7).

Im ersten Beitrag zeichnet Brigitte Bailer die historischen Hintergründe des Verbotsgesetzes, seiner Anwendung oder auch Nichtanwendung und die Überarbeitungen 1947 und 1992 nach. Mit der Novelle Anfang der 1990er wurde einerseits der Strafrahmen herabgesetzt und andererseits die Leugnung von NS-Verbrechen explizit unter Strafe stellt. Das Verbotsgesetz, so Bailer, ist ein Grundpfeiler der Zweiten Republik. Farsam Salimi analysiert die Reichweite des Verbotsgesetzes und insbesondere jener beiden Paragraphen, die häufig beim Kampf gegen neonazistische Aktivitäten und Holocaustleugnung zur Anwendung kommen. Wenn diese Handlungen eine Propagandawirkung haben und eine gewisse Öffentlichkeit erreichen, dann sieht die Rechtsprechung, so Salimi, den Straftatbestand gegeben.

Franz Merli und Mathias Lichtenwagner widmen sich in ihren Beiträgen weniger

prominenten Bestimmungen, die NS-Wiederbetätigung oder das Zur-Schau-Stellen entsprechender Symbole betreffen. Merli untersucht das Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen (EGVG), das die Verbreitung von NS-Gedankengut ohne Propagandaabsicht (z. B. Buchverkauf) mit einer Verwaltungsstrafe belegt und somit auch starke symbolische Funktion habe. Lichtenwagner beleuchtet das Abzeichengesetz, das das öffentliche Zeigen von Symbolen verbotener Organisationen mit einer Verwaltungsstrafe belegt. Diese rechtliche Bestimmung ist einerseits eine wirksame Maßnahme, andererseits seien auch, so Lichtenwagner, Probleme zu identifizieren, die Ausführung, mangelnde Kenntnis oder auch Dokumentation betreffen.

Die Frage, ob bzw. wann die parallele Bestrafung einer Handlung, in diesem Fall durch Verbotsgesetz und Verwaltungsstrafrecht, zulässig ist, untersucht Alois Birklbauer in seinem Beitrag. Ewald Wiederin zeigt, dass das Verbotsgesetz nicht der Meinungsfreiheit widerspricht. Sowohl die österreichische Gesetzeslage als auch die Europäische Menschenrechtskonvention erlauben einen derartigen Eingriff. Die Frage der wehrhaften Demokratie liegt auch den Ausführungen von Ulrich Wagrاندl zu verbotenen Symbolen im Internet zugrunde. In ihrem luziden Beitrag erörtert Angelika Adensamer abschließend die begrenzte Aussagekraft von Anzeigenstatistiken, wenn andere Faktoren nicht miteinbezogen werden.

Der Sammelband besticht durch die produktive Zusammenführung historischer, juristischer und politikwissenschaftlicher Expertisen und wendet sich sowohl an ExpertInnen als auch an ein breiteres interessiertes Publikum.

**Matthias Falter**

**Schwach, Rebecca: Jüdische Ärzte als Krankenbehandler in Berlin zwischen 1938 und 1945. Frankfurt am Main: Mabuse-Verlag 2018. 638 S.**

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland begann die sukzessive Verdrängung von Ärzten und Ärztinnen jüdischer Herkunft aus dem Berufsleben, die schließlich im Entzug der Approbationen und damit in einem Berufsverbot mit Wirksamkeit vom 30. September 1938 gipfelte. Diese Maßnahme erfolgte vor dem Hintergrund des rassistischen Ideologems, wonach eine weitere

Schädigung des „deutschen Volkskörpers“ durch Ärzte jüdischer Herkunft unterbunden werden müsse. Lediglich einer geringen Anzahl jüdischer Mediziner wurde gestattet, ausschließlich für jüdische PatientInnen ärztlich tätig zu bleiben. Dass mit der Ausschaltung der jüdischen Ärzteschaft (1933 praktizierten einer Zählung zufolge rund 3000 als Juden geltende MedizinerInnen) eine Lücke in der medizinischen Versorgung der Metropole entstand, die durch ein Nachrücken „arischer“ Berufskollegen nicht geschlossen werden konnte, liegt angesichts des Ausmaßes dieser Vertreibung, aber auch der kriegsbedingten Situation, auf der Hand. Seitens der Nationalsozialisten waren vor allem zwei Gründe ausschlaggebend für die Zulassung einer Gesundheitsversorgung für die verbliebene jüdische Bevölkerung: die Angst vor der Ausbreitung von Seuchen und vor allem eine zumindest minimale Aufrechterhaltung der Arbeitskraft der jüdischen Zwangsarbeiter. Dennoch bleibt das Bestehen eines jüdischen Gesundheitssystems innerhalb der Geschichte der Vertreibung und Vernichtung ein nicht restlos erklärbares Paradoxon.

Das Schicksal dieser mit der abwertenden Bezeichnung „Krankenbehandler“ titulierten Ärzte hat die Medizinhistorikerin Rebecca Schwach für die Stadt Berlin in der Zeit zwischen 1938 und 1945 in einer kollektivbiografischen Studie untersucht. Damit liegt die erste umfassende Geschichte der „Krankenbehandler“ und zugleich eine Darstellung der medizinischen Versorgung jüdischer PatientInnen in Berlin im Untersuchungszeitraum vor. Das Buch bietet einen fundierten Einblick in die Organisation des jüdischen Gesundheitswesens als Subsystem der medizinischen Versorgung der Stadt und beleuchtet die daran beteiligten Instanzen und Akteure auf Seiten der NS-Behörden sowie auf der Seite der jüdischen Gemeinde (Reichsvereinigung der Juden in Deutschland).

Angesichts fehlender geschlossener Quellenbestände zum Thema stützt sich die Autorin in erster Linie auf (auto-)biografisches Quellenmaterial wie Nachlässe und Entschädigungsakten ehemaliger „Krankenbehandler“ und ihrer Angehörigen sowie auf einen Personalaktenbestand eines kriegswichtigen Berliner Betriebs, der Krankengeschichten von jüdischen Zwangsarbeitern enthält. Diese lassen nicht zuletzt auch Rückschlüsse auf die unmenschlichen Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter zu. Aufgrund der ansons-

ten lückenhaften und zersplitterten Quellenlage waren einer umfassenden statistischen Auswertung Grenzen gesetzt, was aber der Rekonstruktion des Gesamtbildes – von den funktionalen Zusammenhängen und Verwaltungsabläufen des jüdischen Gesundheitssystems bis hin zu den Schicksalen der einzelnen Protagonisten – keinen Abbruch tut. Zudem ermöglicht der biografische Zugang die Verknüpfung von Individual- und Sozialgeschichte und vor allem auch die Erinnerung an eine Gruppe großteils unbekannter Menschen.

Das Subsystem einer „Gesundheitsversorgung von Juden für Juden“ (S. 570) funktionierte zum Teil nach den gleichen Prinzipien wie das medizinische Regelsystem, etwa wenn es um die Gewährung von kasernenärztlichen Leistungen ging. Auf der Ebene der administrativen Zuständigkeiten wirkten neben den üblichen Instanzen wie Gesundheitsbehörden, ärztlichen Standesvertretungen, Krankenkassen usw. jene des NS-Staats- und Polizeiapparats wie das Reichsinnenministerium, das Reichssicherheitshauptamt und die Gestapo. Über die Zulassung eines Arztes zum „Krankenbehandler“ entschied in letzter Instanz der Reichsinnenminister. Als Vermittler zwischen den am jüdischen Gesundheitssystem Beteiligten wurde ein eigener Beauftragter für „Krankenbehandler“ installiert, der diese mit seinen Anordnungen regelrecht terrorisierte. Das Tätigkeitsfeld der „Krankenbehandler“ umfasste im Wesentlichen den niedergelassenen Bereich und die Gesundheitseinrichtungen der jüdischen Gemeinde. Die Studie bietet einen bisher kaum in dieser Detailliertheit bekannten, beklemmenden Einblick in die alltägliche Berufspraxis dieser Mediziner, die trotz behördlicher Kontrolle, Einschüchterung und Drangsalierung versuchten, ihren PatientInnen – vom Selbstzahler über den Wohlfahrtsempfänger bis zum Zwangsarbeiter – medizinische Behandlung und menschliche Zuwendung zuteilwerden zu lassen. Druck kam aber auch von ihren Vorgesetzten aus der jüdischen Verwaltung, die auf die Erfüllung der von den NS-Behörden erlassenen Auflagen drängten, in der Meinung, dadurch Schlimmeres verhindern zu können. Die Ärzte waren daher in ihrer beruflichen Autonomie und ihren fachlichen Entscheidungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. So entschied etwa die Gestapo nach entsprechenden Ansuchen, ob Operationen durchgeführt werden durften. Ausführlich schildert die Autorin die administrativen Abläufe in der Versorgung der jüdischen Zwangsarbeiter, die krankenversichert waren und somit ge-

setzlich garantierte Ansprüche auf medizinische Leistungen hatten. Die Teilnahme an der gesetzlichen Krankenversicherung brachte es zwangsläufig mit sich, dass sie im Krankheitsfall mit dem Regelgesundheitssystem in Berührung kamen, d. h. von „arischen“ Medizinern begutachtet und kontrolliert wurden und diese mit ihren jüdischen Kollegen kooperieren mussten, nichtjüdische medizinische Einrichtungen benutzt werden mussten usw. Somit wurde, wie die Autorin hier für den Bereich der Gesundheitsversorgung herausarbeitet, eine wesentliche Zielsetzung der anti-jüdischen Politik des NS-Staats nicht erreicht, nämlich die totale Segregation zwischen Juden und „Ariern“. Die als Zwangsarbeiter Beschäftigten begriffen Arbeitsfähigkeit als Überlebenschance, wie auch manche „Krankenbehandler“ meinten, ihre Unentbehrlichkeit sichere ihnen das Überleben. Ein Trugschluss, wie sich spätestens in den Jahren 1942 und 1943 erwies, als vermehrt Funktionäre der jüdischen Gemeinde und damit auch deren Ärzte von den Deportationen erfasst wurden. 193 Berliner „Krankenbehandler“ wurden in diverse Haftstätten und Lager verschleppt, was die meisten nicht überlebten, etliche tauchten unter oder begingen Selbstmord. Nur 53 der insgesamt 369 ermittelten „Krankenbehandler“ überlebten in der Stadt, 82 hatten sich in die Emigration retten können.

Den größten Teil der Arbeit nimmt der biografische Teil ein, der die Lebensgeschichten der 351 Männer und 18 Frauen, die im Zeitraum 1938 bis zur Befreiung als „Krankenbehandler“ tätig waren, nachzeichnet. Zusätzlich zu biografischen Eckdaten und Angaben zu beruflichen Qualifikationen und Laufbahn, zur Tätigkeit als „Krankenbehandler“, zur Verfolgungsgeschichte usw. sind sie durch zahlreiche autobiografische Zeugnisse von Betroffenen und deren Angehörigen angereichert, die das Erlebte mit seinen gravierenden physischen und psychischen Auswirkungen in erschütternder Weise veranschaulichen. Neben der Bereitstellung einer grundlegenden Datenbasis für weitere Forschungen bietet die Darstellung dieser Einzelschicksale zudem die Möglichkeit des Erinnerns an jene Berliner MedizinerInnen, die, verstrickt in den unauflösbaren Widerspruch zwischen ihrem ärztlichem Auftrag und dem tödlichen Kalkül der NS-Behörden, ihren Dienst versahen. Abschließend befasst sich die Forscherin denn auch mit der Frage der Moraldilemmata, die sich für die jüdischen Ärzte aufgrund der Einbindung der jüdischen Verwaltung, die Doron Rabinovici am

Wiener Beispiel treffend als „Instanz der Ohnmacht“ bezeichnet hat, in die Vertreibungs- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten in besonders zugespitzter Weise auftraten. Medizinische Versorgung und Repressionsapparat waren auf dem Gelände des Berliner Jüdischen Krankenhauses auch örtlich verkoppelt: dort befanden sich neben einer als Gefängnis dienenden Polizeistation eine Untersuchungsabteilung für Transportreklamation sowie Sammellager. Ärzte mussten entscheiden, ob ein zur Deportation vorgesehener Patient transportfähig sei. Das NS-Terrorssystem machte eine Orientierung an den traditionellen Maßstäben ärztlicher Ethik mithin weitgehend zunichte und ließ „Krankenbehandlern“ kaum Handlungsspielräume übrig. Dennoch versuchten viele, durch entsprechende Gutachten eine drohende Verschickung wenn schon nicht zu verhindern, so doch wenigstens zu verzögern und Zeit zu gewinnen. Angesichts der totalen Übermacht des NS-Apparats und der Lebensgefahr, der die „Krankenbehandler“ selbst ausgesetzt waren, war jedoch eine Beeinflussung der Geschehnisse unrealistisch, entstand „ein nicht lösbares Dilemma, aus dem es keinen Ausweg gab“ (S. 582 f.).

Die Lektüre des Buches lohnt auch im Hinblick auf die Vorgänge im nationalsozialistischen Österreich, wo die Vertreibung der jüdischen Ärzte und Ärztinnen unmittelbar nach dem „Anschluss“ einsetzte und die medizinische Versorgung der jüdischen Bevölkerung, zentralisiert in Wien, ebenfalls von „Krankenbehandlern“ bewerkstelligt wurde. Es waren hier die gleichen Akteure sowie identische Machtkonstellationen, Kompetenzverteilungen und Verwaltungsabläufe maßgebend, so dass die Berliner Vorgänge auch auf die Wiener Situation übertragbar sind. Die im Buch präsentierten Forschungsergebnisse können somit vertiefende Anstöße und Einsichten zu derzeit laufenden Forschungen zur Geschichte der jüdischen Ärzte und Ärztinnen in Österreich und speziell der in Wien tätig gewesenen „Krankenbehandler“ liefern.

**Christine Kanzler**

An der Herstellung dieser Nummer wirkten mit:  
Matthias Falter, Christine Kanzler, Eva Kriss, Claudia Kuretsidis-Haider, Christine Schindler.  
Impressum: Verleger, Herausgeber und Hersteller:  
Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wipplingerstraße 6–8 (Altes Rathaus), 1010 Wien;  
Redaktion ebenda (Christa Mehany-Mitterrutzner, Tel. 22 89 469/322, e-mail: christa.mehany@doew.at, Sekretariat, Tel.: 22 89 469/319, e-mail: office@doew.at; web: www.doew.at).

## Ich bestelle folgende Publikationen:

### *Kombiangebot*

**Gedenken und Mahnen in Wien**, Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hrsg. v. DÖW, Wien 1998

**Gedenken und Mahnen in Wien. Ergänzungen I**, Wien 2001.  
€ 13,- (statt € 15,-) ... Stück

Heinz Arnberger / Claudia Kuretsidis-Haider (Hrsg.), **Gedenken und Mahnen in Niederösterreich**. Erinnerungszeichen zu Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung, Mandelbaum Verlag 2011, 712 S., Ladenpr. € 39,90 ... Stück

Institut Theresienstädter Initiative/DÖW (Hrsg.) **Theresienstädter Gedenkbuch**. Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt 1942–1945, Prag 2005, 702 S., € 29,-  
... Stück

Herbert Exenberger/Heinz Riedel, **Militärschießplatz Kagran**, Wien 2003, 112 S., € 5,-  
... Stück

DÖW, **Katalog zur permanenten Ausstellung**. Wien 2006, 207 S., 160 Abb., € 24,50  
... Stück

DÖW, **Catalog to the Permanent Exhibition**, Wien 2006, 95 S., über 100 Abb., € 14,50  
... Stück

**Forschungen zum Nationalsozialismus und dessen Nachwirkungen in Österreich**. Festschrift für Brigitte Bailer, hrsg. vom DÖW, Wien 2012, 420 S., € 19,50  
... Stück

Barry McLoughlin / Josef Vogl, „... Ein Paragraph wird sich finden“. **Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer (bis 1945)**, hrsg. v. DÖW, Wien 2013, 622 S., € 24,50  
... Stück

Florian Freund, **Die Toten von Ebensee**. Analyse und Dokumentation der im KZ Ebensee umgekommenen Häftlinge 1943–1945, Braintrust, Verlag für Weiterbildung 2010, 444 S., € 29,-  
... Stück

Wolfgang Neugebauer, **The Austrian Resistance 1938–1945**, Edition Steinbauer 2014, 336 S., € 22,50  
... Stück

Wolfgang Neugebauer, **Der österreichische Widerstand 1938–1945**, überarb. u. erw. Fassung, Edition Steinbauer 2015, 351 S., € 22,50  
... Stück

Rudolf Agstner / Gertrude Enderle-Burcel / Michaela Follner, **Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky**. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959, Wien 2009, 630 S., € 29,90  
... Stück

**Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien**, Jahrbuch 2016, hrsg. v. DÖW, Wien 2016, 412 S., € 19,50  
... Stück

**80 Jahre Internationale Brigaden**. Neue Forschungen über österreichische Freiwillige im Spanischen Bürgerkrieg, hrsg. v. DÖW u. Vereinigung österreichischer Freiwilliger in der Spanischen Republik 1936–1939 und der Freunde des demokratischen Spanien, Wien 2016, 157 S., € 12,50  
... Stück

*Wieder erhältlich:* Jakob Rosenberg / Georg Spitaler, **Grün-weiß unterm Hakenkreuz**. Der Sportklub Rapid im Nationalsozialismus, hrsg. v. SK Rapid und DÖW, Wien 2011, 303 S., EUR 18,99  
... Stück

„Vor unserem Herrgott gibt es kein unwertes Leben“. Die Predigt von Diözesanbischof Michael Memelauer bei der Silvesterandacht am 31. Dezember 1941 im Dom zu St. Pölten, hrsg. v. DÖW u. Diözesanarchiv St. Pölten, St. Pölten 2017, 42 S., € 5,-  
... Stück

**Österreichische Ärzte und Ärztinnen im Nationalsozialismus**, Jahrbuch 2017, hrsg. v. Herwig Czech u. Paul Weindling im Auftrag des DÖW, Wien 2017, 303 S., € 19,50  
... Stück

**Zeithistoriker – Archivar – Aufklärer**. Festschrift für Winfried R. Garscha, hrsg. v. Claudia Kuretsidis-Haider u. Christine Schindler im Auftrag des DÖW u. der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Wien 2017, 500 S., € 19,50  
... Stück

Claudia Kuretsidis-Haider, **Österreichische Pensionen für jüdische Vertriebene**. Die Rechtsanwaltskanzlei Ebner: Akteure – Netzwerke – Akten, hrsg. v. DÖW, Wien 2017, 319 S., € 19,50  
... Stück

**Forschungen zu Vertreibung und Holocaust**, Jahrbuch 2018, hrsg. v. DÖW, Wien 2018, 382 S., € 19,50  
... Stück

Herwig Czech / Wolfgang Neugebauer / Peter Schwarz, **Der Krieg gegen die „Minderwertigen“**. Zur Geschichte der NS-Medizin in Wien / **The War against the „Inferior.“** On the History of Nazi Medicine in Vienna. Katalog zur Ausstellung in der Gedenkstätte Steinhof im Otto-Wagner-Spital der Stadt Wien, hrsg. v. DÖW, Wien 2018, 243 S., € 25,-  
... Stück

Josef Eisinger, **Flucht und Zuflucht**. Erinnerungen an eine bewegte Jugend, hrsg. v. DÖW, Wien 2019, 240 S., € 20,-  
... Stück

Claudia Kuretsidis-Haider / Rudolf Leo, **„dachaureif“**. Der Österreichertransport aus Wien in das KZ Dachau am 1. April 1938. Biografische Skizzen der Opfer, hrsg. v. DÖW u. Zentraler österreichischer Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Wien 2019, 344 Seiten, zahlr. Abb., € 25,-  
... Stück

**Deportation und Vernichtung – Maly Trostinec**. Jahrbuch 2019, hrsg. v. DÖW, Wien 2019, 359 S., € 19,50  
... Stück

Name:

Adresse:

Unterschrift:

Telefonische Bestellungen bitte unter 22 89 469/319.

**Österreichische Post AG/  
Sponsoring.Post**

Zulassungs-Nr.  
**02Z031276 S**

Verlagspostamt  
1010 Wien